

## **Antrag**

**der Abgeordneten Antje Blumenthal, Hubert Hüppe, Andreas Storm, Annette Widmann-Mauz, Dr. Wolf Bauer, Monika Brüning, Verena Butalikakis, Maria Eichhorn, Dr. Hans Georg Faust, Ingrid Fischbach, Markus Grübel, Michael Hennrich, Volker Kauder, Gerlinde Kaupa, Barbara Lanzinger, Werner Lensing, Maria Michalk, Hildegard Müller, Michaela Noll, Rita Pawelski, Dr. Norbert Röttgen, Horst Seehofer, Matthias Sehling, Jens Spahn, Max Straubinger, Gerald Weiß (Groß-Gerau), Wolfgang Zöllner und der Fraktion der CDU/CSU**

### **Sexuelle Übergriffe gegen Menschen mit Behinderung wirksam unterbinden und Hilfsangebote für Betroffene verbessern**

Der Bundestag wolle beschließen:

#### **I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:**

Die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Sexuelle Gewalt gegen Menschen mit Behinderung“ der CDU/CSU-Fraktion (Bundestagsdrucksache 15/3009) offenbart ganz erhebliche Defizite hinsichtlich des Umgangs mit sexualisierter Gewalt gegen Menschen mit Behinderung. Einerseits sind Menschen mit Behinderung deutlich häufiger Opfer sexueller Übergriffe als nicht behinderte Menschen andererseits sind die Folgen für Menschen mit Behinderung besonders verheerend und die Möglichkeiten, sich selbst zur Wehr zu setzen, eingeschränkt.

Angesichts der gesellschaftlichen Bedeutung dieser Problematik erscheint eine Erweiterung und Konkretisierung des Wissensstands zu sexuellen Übergriffen gegen Menschen mit Behinderung von zentraler Bedeutung: Bisher liegen nur wenige wissenschaftliche Studien zu diesem Thema vor, die zudem in ihrer Aussagekraft begrenzt sind. Darüber hinaus sind die Erkenntnisse zum Umfang, zur Art und zu den Folgen sexueller Gewalt gegen Menschen mit Behinderung lediglich punktuell und nur unter Vorbehalt zu verallgemeinern, wie aus der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion hervorgeht.

Ein gesellschaftliches Bewusstsein des Themas sexualisierte Übergriffe gegen Behinderte ist nicht im erforderlichen Maße vorhanden, obgleich es im Hinblick auf die Prävention und den Umgang mit den Opfern von großer Bedeutung ist. Die Öffentlichkeit ist bisher noch nicht genügend für dieses Problemfeld, wie auch für die Thematik Behinderung und Sexualität, sensibilisiert. Als eine Folge dieser unzureichenden Sensibilisierung kann der Umstand angesehen werden, dass behinderte Menschen, die Opfer sexueller Gewalt geworden sind, die Tat nur selten zur Anzeige bringen.

Dabei ist die Situation für Menschen mit Behinderung, die in Einrichtungen leben, besonders alarmierend. Zum einen, weil diese Menschen wesentlich häufiger als andere Menschen mit Behinderung Opfer sexueller Übergriffe wer-

den, zum anderen, weil es für diese Menschen oft nicht möglich ist, von der Einrichtung unabhängige Ansprechpartner zu erreichen (sofern der Übergriff durch einen Betreuer verübt wurde).

Die Grenzen zwischen den aus Betreuungsgründen notwendigen Einschränkungen der Intimsphäre und einem sexuellen Übergriff erscheinen gerade Menschen mit geistiger Behinderung, vor allem wenn sie Hilfe bei der Körperpflege benötigen, oft fließend.

Sexueller Missbrauch von Menschen mit Behinderung findet jedoch auch im häuslichen Umfeld in den Familien statt. Hier ist eine bessere Schulung der Betreuer in der Behindertenhilfe nötig, damit sie die Anzeichen für sexuelle Übergriffe besser erkennen und geeignete Maßnahmen ergreifen können.

Besondere Bedeutung für die Prävention vor sexuellen Übergriffen hat die Schulung von Menschen mit Behinderung, damit sie Grenzüberschreitungen schneller erkennen und eindeutig reagieren können.

Schwerwiegende Konsequenzen können auftreten, wenn das Fachpersonal, das mit behinderten Menschen arbeitet und bisher in der Regel nicht dafür geschult ist, mangelnde Qualifikation in diesen Bereichen hat, um Anzeichen für das Vorliegen eines sexuellen Übergriffs zu erkennen und den Betroffenen entsprechende professionelle Hilfe zukommen zu lassen. Zudem sind die Hilfsangebote gerade für Frauen mit Behinderung begrenzt: Studien deuten darauf hin, dass offenbar ein Großteil der Psychotherapeuten deren Behandlung im Falle eines sexuellen Übergriffs aufgrund mangelnder Qualifikation ablehnt. Erschwerend kommt hinzu, dass qualifiziertes Fachpersonal wie etwa entsprechend ausgebildete Psychologen oder Sozialpädagogen, die eine Behandlung durchführen könnten, nicht von den gesetzlichen Krankenkassen als Therapeuten anerkannt werden, so dass sie in der Regel als Ansprechpartner für Betroffene ausfallen. Es fehlt an Weiterbildungs- und Qualifikationsmaßnahmen und auch ein Leitfaden zum Umgang mit behinderten Menschen, die Opfer eines sexuellen Übergriffs geworden sind, existiert bisher noch nicht.

Auch die Bundesregierung bilanziert, dass Beratungsstellen, Einrichtungen und Dienste der Behindertenhilfe für Gewaltbedrohung und -anwendung häufig kaum sensibilisiert sind und meist nicht über die notwendige Qualifikation verfügen, um Gewaltopfer beraten und unterstützen zu können.

II. Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf,

1. wissenschaftliche Studien in Auftrag zu geben, die den Umfang, die Besonderheiten sowie die Folgen sexueller Übergriffe gegen Menschen mit Behinderung repräsentativ analysieren und darüber hinaus aus den Erkenntnissen Ansatzpunkte für Prävention und Therapie entwickeln;
2. die Bevölkerung durch entsprechende Kampagnen und Publikationen für das Thema „sexuelle Gewalt gegen Menschen mit Behinderung“ in höherem Maße als bisher zu sensibilisieren;
3. Maßnahmen zur verbesserten Information von Betreuern und in der Behindertenhilfe tätigen Personen über Umfang, Besonderheiten, Erkennungs-, Präventions- sowie Therapiemöglichkeiten sexueller Gewalt gegen Menschen mit Behinderung – insbesondere auch innerhalb familiärer Strukturen – einzuleiten und zu diesem Zweck die Konzeptualisierung von Schulungen und Seminaren zu fördern sowie deren Angebot sicherzustellen;
4. bei Mitarbeitern in Einrichtungen und Betreuern in der Behindertenhilfe, die Familienangehörige bei der ambulanten Versorgung der behinderten Menschen unterstützen, durch Verteilung von Informationsmaterial oder Organisation von Informationsveranstaltungen das Bewusstsein dafür zu schärfen, wo sexuelle Übergriffe gegenüber behinderten Menschen beginnen, welche

Folgen sie haben und welche strafrechtlichen Konsequenzen dem Täter drohen, um potenziellen Tätern die Folgen ihres Handelns bewusst zu machen, sie abzuschrecken und gleichzeitig andere Mitarbeiter zum Eingreifen zu motivieren;

5. einen Leitfaden zum Umgang mit sexuellen Übergriffen gegen Menschen mit Behinderung für professionelle Betreuer, Sozialarbeiter und Psychotherapeuten, deren Arbeitsschwerpunkte im Bereich Menschen mit Behinderung liegen, zu erstellen und entsprechend bekannt zu machen;
6. Maßnahmen zu ergreifen, die zu besseren Kontrollmechanismen zur Verhinderung von sexuellen Übergriffen in Einrichtungen – insbesondere durch Betreuungspersonal – führen;
7. Menschen mit Behinderung – soweit möglich – im Rahmen einer Sexualerziehung bzw. Sexualaufklärung über mögliche Reaktionen auf den Versuch eines sexuellen Übergriffs aufzuklären sowie Wege und Möglichkeiten aufzuzeigen, wie nach einem erfolgten sexuellen Übergriff weiter vorgegangen werden kann;
8. dafür Sorge zu tragen, dass Menschen mit Behinderung, die in Einrichtungen leben, Zugang zu unabhängigen Vertrauenspersonen außerhalb der Einrichtungen gewährt wird;
9. dafür Sorge zu tragen, dass behinderte Menschen, die Opfer sexueller Übergriffe geworden sind, Zugang zu einer fachgerechten psychologischen oder psychotherapeutischen Behandlung durch entsprechend qualifiziertes Fachpersonal erhalten.

Berlin, den 22. Februar 2005

**Antje Blumenthal**  
**Hubert Hüppe**  
**Andreas Storm**  
**Annette Widmann-Mauz**  
**Dr. Wolf Bauer**  
**Monika Brüning**  
**Verena Butalikakis**  
**Maria Eichhorn**  
**Dr. Hans Georg Faust**  
**Ingrid Fischbach**  
**Markus Grübel**  
**Michael Hennrich**  
**Volker Kauder**  
**Gerlinde Kaupa**  
**Barbara Lanzinger**  
**Werner Lensing**  
**Maria Michalk**  
**Hildegard Müller**  
**Michaela Noll**  
**Rita Pawelski**  
**Dr. Norbert Röttgen**  
**Horst Seehofer**  
**Matthias Sehling**  
**Jens Spahn**  
**Max Straubinger**  
**Gerald Weiß (Groß-Gerau)**  
**Wolfgang Zöllner**  
**Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion**

